



Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim (BIFR)

Mitglied im Bündnis der Bürgerinitiativen (BBI)
"Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot von 22 - 6 Uhr"
und im Netzwerk "Stay Grounded"



26.07.2024

Klimaproteste, auch auf FRA

Am Donnerstag, dem 25.07., sprudelten die deutschen Leitmedien mal wieder über vor Empörung, und Parteien von CDU bis BSW überschlugen sich mit Diffamierungen und Verurteilungen.

Aktivist*innen der [Letzten Generation](#) und anderer Gruppen waren im Rahmen der internationalen Kampagne [Oil kills](#) gegen 5 Uhr morgens (zu Betriebsbeginn) durch den Flughafenzaun [aufs Vorfeld gelangt](#) und klebten sich an verschiedenen Stellen fest.

Laut [Fraport-Pressemitteilung](#) "wurde umgehend der Flugbetrieb am gesamten Flughafen zeitweise eingestellt. Seit 7:50 Uhr sind alle Start- und Landebahnen wieder in Betrieb". Die [Pressemitteilung](#) der Polizei ergänzt, "Gegen 10:15 Uhr konnten mit dem Lösen der letzten Person alle Maßnahmen vor Ort beendet werden."

Die Zahl der [ausgefallenen Flüge](#) wurde am Abend mit "ca. 270" angegeben. Von den unmittelbar Betroffenen werden sich etliche gefreut haben, dass sie über zwei Stunden länger ungestört schlafen konnten, anderen ["platzt die Hutschnur"](#), weil sie entsprechend länger auf ihren Urlaubsflug warten mussten.

Bereits am Tag vorher hatten [ähnliche Aktionen](#) am Flughafen Köln/Bonn und sechs anderen europäischen Flughäfen stattgefunden, ebenso in [Montreal und Boston](#).

Am Donnerstag gab es ebenfalls noch eine Aktion [in Oslo](#), weitere sind angekündigt.

Die **politischen Reaktionen** waren weitestgehend vorhersehbar. Aus der rechten Ecke kommen die üblichen Forderungen nach weitergehender [Kriminalisierung von Klimaprotesten](#), härteren Strafen und sicherheitstechnischer Aufrüstung. Wissing, Poseck, Rhein & Co. faseln von ["Gefährdung von Menschenleben"](#) (das hat bisher noch kein Gericht so gesehen), Frau Faeser nennt die Aktionen ["gefährlich, dumm und kriminell"](#).

Andere rechte Staatsverteidiger schreien nach [Präventivhaft](#), [Fussfesseln](#) und [anderen Folterinstrumenten](#). Wenn man diese Reaktionäre Gift und Galle spucken hört und mitansieht, wie sie in ihrem Hass jedes Maß verlieren und ihre Argumentation noch unter Stammtisch-Niveau absinkt, kann man erkennen, dass die Proteste tatsächlich einen Nerv getroffen haben.

Aber selbst die Namenspatronin des Bündnisses BSW, Sarah Wagenknecht, kann sich einen populistischen Spruch nicht verkneifen und [diffamiert die Aktivist*innen](#) als geistig benebelt: "Wer meint, man müsse Kindern und Familien den Abflug in die #Sommerferien versauen und wir könnten bis 2030 aus fossiler Energie aussteigen, hat nicht nur Klebstoff an den Händen, sondern vor allem zu lange daran geschnüffelt."



Immerhin deutet da ein Halbsatz auf die **Inhalte** hin, um die es den Aktivist*innen aktuell geht. Die Kampagne "OIL KILLS" ("Öl tötet") [versteht sich](#) als "*globaler Aufstand*", der mit gewaltfreien, öffentlichkeits-wirksamen Aktionen die Ziele der [Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty Initiative](#) unterstützen will. Diese Initiative wurde von 13 pazifischen Inselstaaten gegründet, die von der Klimakatastrophe am härtesten getroffen sind, nachdem klar wurde, dass auch die letzte Weltklimakonferenz, COP 28, [keinen Ausstieg](#) aus den fossilen Brennstoffen beschliessen würde. Ihr Ziel ist, ergänzend zu den 2015 beschlossenen Pariser Klimazielen, einen "**Nichtweiterverbreitungs-Vertrag**" für **fossile Brennstoffe** abzuschliessen, der insbesondere die wohlhabenden westlichen Industriestaaten verpflichtet, schnellstmöglich aus der Förderung und Nutzung fossiler Brennstoffe auszusteigen und den ärmeren Staaten einen fairen Übergang zu erneuerbaren Energien zu ermöglichen.

Eine solche Initiative ist umso dringender, als [neue Recherchen](#) gezeigt haben, dass in jüngster Zeit im [Widerspruch zu den Pariser Klimazielen](#) wieder **massenhaft Lizenzen für neue Öl- und Gasfelder** vergeben wurden, und zwar nicht in erster Linie von den klassischen "Petrostaaten" Saudi-Arabien, VAR, Russland usw., sondern den [anderen Petrostaaten](#), die eigentlich die Transformation des globalen Energiesystems anführen sollten: in erster Linie die USA, Kanada, Grossbritannien und Norwegen, aber in zweiter Linie auch Staaten wie Deutschland.

Würden alle diese Projekte umgesetzt, wäre die Welt noch für viele Jahrzehnte an das fossile Energiesystem gebunden und **die Emission von Treibhausgasen würde nahezu ungebremst weitergehen**. Dass der Luftverkehr ein [wesentlicher Treiber](#) auf diesem Weg ist, hat er immer wieder deutlich gemacht.

Der UN-Generalsekretär, der erst [anlässlich des Weltumwelttages](#) am 5. Juni "**die Paten des Klima-chaos - die fossile Brennstoff-Industrie**" angeprangert und "*das Ende des Zeitalters fossiler Brennstoffe*" gefordert hat, hat die [Temperaturrekorde dieser Woche](#) zum Anlass genommen, einen neuen [Aufruf zur Aktion](#) gegen "extreme Hitze" zu starten, in dem es heisst:

*"Ich muss die Flut an Ausdehnungen der Nutzung fossiler Energien anprangern, die wir gerade in den wohlhabendsten Staaten sehen. **Indem sie eine solche Flut neuer Lizenzen unterschreiben, schreiben sie unsere Zukunft ab.***

*Diejenigen mit den grössten Möglichkeiten und Kapazitäten müssen voran gehen. **Die Länder müssen aus fossilen Brennstoffen aussteigen - schnell und fair.***

(eigene Übersetzung)

Vor diesem Hintergrund stellen sich die oben aufgeworfenen Fragen nochmal neu: Wer sorgt für "Gefährdung von Menschenleben"? Wer handelt "gefährlich, dumm und kriminell"? Wer ist nicht mehr ganz klar im Kopf?

Die Antwort ist offensichtlich: die Aktivist*innen, die unter grossen persönlichen Opfern mit spektakulären Aktionen auf die Gefahren hinweisen, sind es nicht. Es sind diejenigen, die den klimaschädlichen Flugverkehr weiter wachsen lassen und damit ein rücksichtsloses Tourismus-System, das weltweit immense soziale und ökologische [Schäden anrichtet](#), ohne Rücksicht auf Verlust weiter betreiben und sogar noch ausdehnen wollen. Wer denen entschieden, aber gewaltfrei entgegen tritt, steht für die richtige Sache und hat höchste Achtung verdient.

Natürlich kann man darüber streiten, ob die Aktionsform angemessen, wirksam und sinnvoll ist. Strafverfolgung und lebenslange Verschuldung sind ein sehr hoher Preis für ein zwar deutliches, aber doch vergängliches Signal.

Wenn aber z.B. ein [FR-Kommentator](#) meint, die Aktionen helfen der Klimaschutzbewegung nicht, denn jetzt müsse es "*darum gehen, die Menschen davon zu überzeugen, dass sie einen Beitrag für die Zukunft der Welt leisten müssen*", dann formuliert er nur aus, was Politiker*innen gerne hätten, die sich über die LG-Aktionen so empören: einen "Klima-Dialog", der sich "an alle" richtet und folgenlos bleibt.

Dass die Klimakatastrophe eine reale Gefahr ist und schon heute massive Schäden anrichtet, bezweifelt fast niemand mehr, und die meisten dürften inzwischen genügend Angst vor den kommenden Folgen haben, um bereit zu sein, ihren Beitrag zu leisten, wenn er fair bemessen ist. Entscheidend ist jetzt, deutlich zu machen, welche Kräfte ein entschiedenes Vorgehen gegen klimaschädigende Aktivitäten und für eine faire sozial-ökologische Transformation verhindern.

Der UN-Generalsekretär hat es deutlich gesagt: es ist die Fossil-Industrie und ihre Lobby, deren Aktivitäten uns immer näher an den Abgrund bringen, weil sie aus Profitgründen gegen jede Vernunft und wissenschaftliche Erkenntnis die Emission von Treibhausgasen weiter steigern. Sie anzugreifen und ihr Treiben einzudämmen, ist der einzig mögliche Weg. Flughäfen als Akteure, die besondere fossile Exzesse ermöglichen und dies auf absehbare Zeit nicht ändern werden, sind richtige Orte für Aktionen. Sie müssen und werden dort weitergehen, mit oder ohne Klebstoff.

Quelle: www.bi-fluglaerm-raunheim.de, Aktuelles

Kontakt und v.i.S.d.P.:

Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim
Dr. Horst Bröhl-Kerner, Sprecher
Bahnhofstr. 47, 65479 Raunheim
Tel. +49 6142 22577
Mail hbk@bifr.de
Web www.bi-fluglaerm-raunheim.de